



Auf den Punkt.

Informationen aus dem Bundesfinanzministerium.



INVESTITIONEN

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine nachhaltige Investitionspolitik bildet eine zentrale Grundlage für zukünftiges Wachstum, die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen und somit für den Wohlstand und die Stabilität einer Volkswirtschaft. Dem Staat kommt dabei eine doppelte Rolle zu: die Gestaltung von guten Rahmenbedingungen für private Investitionen und die zielgenaue Ausrichtung staatlicher Investitionen.

Unternehmen tätigen Investitionen, um sich auf technologische Herausforderungen, neue Geschäftsmodelle und Absatzmärkte einzustellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der Anteil der privaten Investitionen an allen Investitionen liegt bei knapp 90 Prozent. Die privaten Investitionen sind deshalb der Schlüssel zur Stärkung der Gesamtinvestitionen in Deutschland. Diese Broschüre erläutert die wichtigsten Entwicklungen bei den privaten Investitionen in Deutschland und die in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der privaten Investitionen.

Eine wesentliche Aufgabe des Staates ist die Bereitstellung von Gütern, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Der Staat tätigt zu diesem Zweck Investitionen, etwa in eine moderne Infrastruktur, öffentliche Gebäude, Bildung und Forschung. Staatliche Investitionen erfolgen in strategischen Bereichen einer Volkswirtschaft, die für Funktionsfähigkeit, Stabilität und einen zukünftig hohen Lebensstandard unerlässlich sind.

In den letzten Jahren wurden die staatlichen Investitionen stark ausgeweitet. In den kommenden Jahren sollen sie mit 5 Prozent pro Jahr weiterhin dynamisch wachsen. Diese Broschüre skizziert, wie sich die staatlichen Investitionen entwickeln und welche Schwerpunkte die Bundesregierung dabei setzt.

Ihr Bundesfinanzministerium

Investitionen als Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand

Der Kapitalstock und der Arbeitseinsatz der Beschäftigten stellen zusammen die „Inputfaktoren“ für den Produktionsprozess von Waren und Dienstleistungen dar. Der Kapitalstock setzt sich aus der Summe der getätigten Investitionen abzüglich der Abgänge zusammen. Ein moderner Kapitalstock ist notwendig, um qualitativ hochwertige Produkte herstellen zu können. Dabei bietet die Digitalisierung mit Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologie große Chancen, neue Geschäftsfelder und -modelle zu entwickeln, aber auch Unternehmens- und Verwaltungsprozesse effizient zu gestalten.

Private Investitionen sind wichtig, um diese unternehmerischen Veränderungen herbeizuführen und auf steigenden Wettbewerbsdruck im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung und Globalisierung mit innovativen Waren und Dienstleistungen reagieren zu können. Mit Investitionen schaffen Unternehmen Wachstum, sichern bestehende und schaffen neue Arbeitsplätze, und steigern ihre Produktivität. Deshalb sind private Investitionen zentrale Voraussetzung für den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Dem Staat kommt die Rolle zu, möglichst gute Rahmenbedingungen für private Investitionen zu schaffen. Dazu gehören politische und wirtschaftliche Stabilität, wettbewerbsfähige Besteuerung, eine gute Regulierung und ein verlässlicher Rechtsrahmen. Aktuell stehen regulatorische Fragen in Zusammenhang mit der Digitalisierung auf der Tagesordnung.

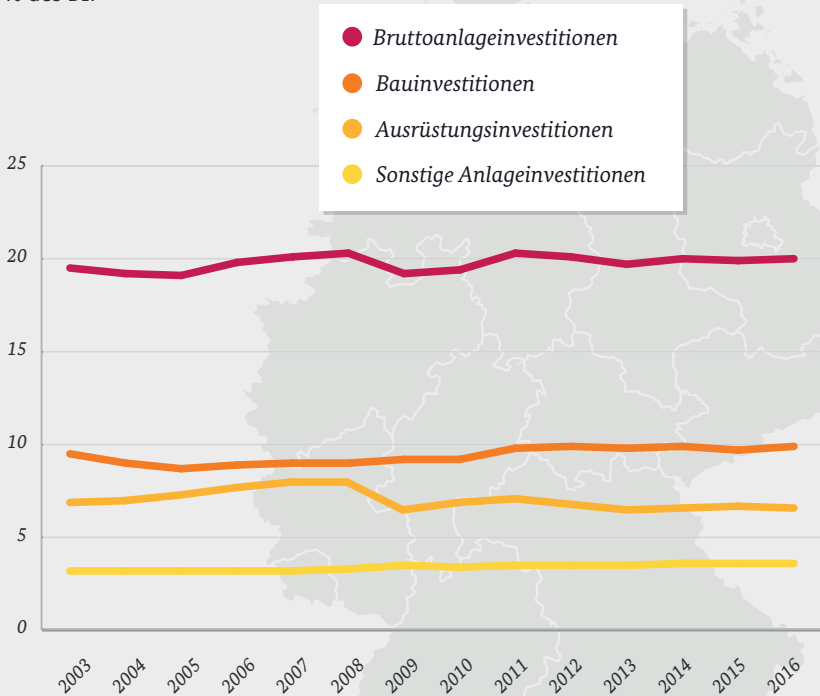
Neben den privaten Investitionen bedarf es aber auch zielgerichteter und effizienter staatlicher Investitionen, insbesondere in die Infrastruktur. Moderne Verkehrswege sowie leistungsfähige Schulen und Hochschulen sind unerlässliche Voraussetzungen für einen attraktiven Investitionsstandort und gleichermaßen für eine hohe Lebensqualität in Deutschland.

Bestandsaufnahme: Entwicklung der Investitionen in Deutschland

Die Investitionsquote Deutschlands umfasst alle privaten und staatlichen Investitionen, sog. Bruttoanlageinvestitionen, und wird in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgedrückt. Die deutsche Investitionsquote ist in den letzten Jahren stabil und lag im Jahr 2016, wie auch in den Vorjahren, bei etwa 20 Prozent. Eine deutliche Eintrübung der Investitionstätigkeit fand im Zuge der Finanzmarktkrise 2008/09 statt; eine Erholung der Investitionstätigkeit setzte allerdings bereits nach einem Jahr ein und das Vorkrisenniveau wurde 2011 wieder erreicht.

Bruttoanlageinvestitionen nach Anlagearten in Deutschland

in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen

Den größten Anteil an den Bruttoanlageinvestitionen machen die Bauinvestitionen aus; weitere Komponenten sind die Ausrüstungsinvestitionen und die sonstigen Anlageinvestitionen. Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, Geräte und Fahrzeuge einschließlich militärischer Waffensysteme. Zu den sonstigen Anlagen zählen unter anderem das geistige Eigentum einer Volkswirtschaft: Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, sowie Urheberrechte. Ausrüstungsinvestitionen und insbesondere auch Investitionen in Forschung und Entwicklung werden oft als besonders produktivitätssteigernde Investitionen angesehen.

Die Quote der Bauinvestitionen war in den frühen 2000er-Jahren eher unterdurchschnittlich, da nach dem Bauboom in Folge der deutschen Wiedervereinigung eine Konsolidierung stattfand. Die Finanzmarktkrise beeinflusste die Quote der Bauinvestitionen fast nicht. Seit 2011 hat die Quote allerdings deutlich zugelegt und befindet sich seitdem auf einem hohen Niveau. Dieser Trend wird insbesondere durch die dynamische Entwicklung der Wohnbauten unterstützt.

Im Vergleich zu den Bauinvestitionen haben sich die Ausrüstungsinvestitionen weniger dynamisch entwickelt. Auf den Einbruch zu Beginn der Finanzmarktkrise folgte zwar eine leichte Aufwärtsphase in den Jahren 2010 und 2011, u.a. weil der sich relativ schnell erholende Weltmarkt die deutsche Wirtschaft stützte. Die Quote der Ausrüstungsinvestitionen blieb allerdings nach 2011 weitgehend konstant und unter dem Niveau, das Mitte der 2000er-Jahre verzeichnet wurde. Ein klarer positiver Trend ist bei den Investitionen in sonstige Anlagen zu verzeichnen. Deutschland liegt hier mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben von fast 3 Prozent in Relation zum BIP auf einem der internationalen Spitzenplätze.

Deutschland ist somit bei den Gesamtinvestitionen und hochproduktiven Investitionen wie den Investitionen in Forschung und Entwicklung, die zum Innovationspotenzial einer Volkswirtschaft maßgeblich beitragen, gut aufgestellt.

Investitionen im Privatsektor

In Deutschland werden rund 90 Prozent aller Investitionen von Unternehmen und privaten Haushalten getätigt. Eine auf Marktwirtschaft und Wirksamkeit orientierte Politik muss sich deshalb primär mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen und Anreizen für private Investitionen befassen.

Eine robuste Entwicklung der privaten Bauinvestitionen zeigt sich sowohl bei der Betrachtung der Komponenten der privaten Bruttoanlageinvestitionen als auch auf aggregierter Ebene. Gleichzeitig fällt die Dynamik der privaten Ausrüstungsinvestitionen eher moderat aus.

Ein Hauptgrund für letztere Entwicklung dürften die schwächeren expansiven Impulse für die deutsche Wirtschaft aus dem Ausland sein: eine bis vor kurzem noch gedämpfte wirtschaftliche Erholung im übrigen Euroraum und die Verlangsamung des Wachstums in China. Fragen zur Zukunft der EU, der Brexit sowie der global zunehmende Protektionismus und Populismus erhöhen die wirtschaftliche Unsicherheit und führen zur Aufschiebung von Investitionen in Ausrüstungen.

Zugleich reflektiert die Investitionstätigkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes jedoch das günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland. Unternehmen sehen derzeit Erweiterungsinvestitionen als vorrangiges Investitionsziel. Dabei sind weniger Kapazitätserweiterungen bestehender Produktionsprogramme als vielmehr Änderungen und Ausweitungen der Produktpalette vorgesehen. Dies dürfte Innovationen und somit Produktivitätssteigerungen fördern. Gleichzeitig haben Investitionen in Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen an Bedeutung verloren.

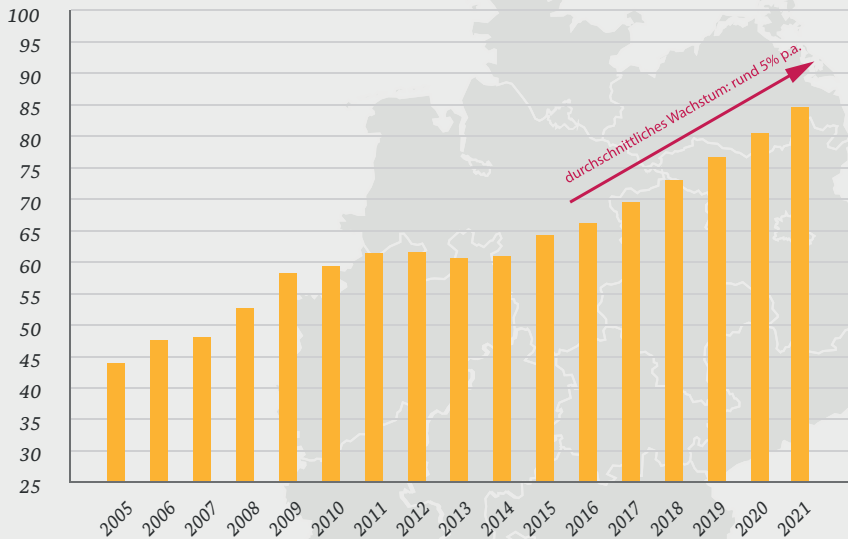
Die derzeit soliden privaten Investitionen sind auf gute institutionelle und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zurückzuführen. Wichtige Standortfaktoren sind – neben der zentralen Lage Deutschlands im EU-Binnenmarkt – die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die solide Finanzpolitik, die nicht zuletzt in der Rückführung der Schuldenquote ihren Ausdruck findet. Die Standortstärken Deutschlands sehen Investoren zudem bei der Rechtssicherheit, bei der hohen politischen und gesellschaftlichen Stabilität, einer gut ausgebauten und modernen Infrastruktur sowie gut ausgebildeten Arbeitskräften. Nicht zuletzt ist ein stabiles Finanzsystem Garant für nachhaltig günstige Finanzierungsbedingungen von Unternehmen.

Investitionen im Staatssektor

Die staatlichen Investitionen entwickeln sich sehr dynamisch. Seit 2005 wachsen die staatlichen Investitionen stärker als die staatlichen Ausgaben insgesamt und auch stärker als das BIP. Sie lagen im Jahr 2016 bei 2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für die kommenden Jahre wird ein Zuwachs der staatlichen Investitionen um jahresdurchschnittlich 5 Prozent erwartet. Der Anstieg der staatlichen Investitionen kann ohne Finanzierungsdefizite erreicht werden.

Staatliche Investitionen

in Mrd. €



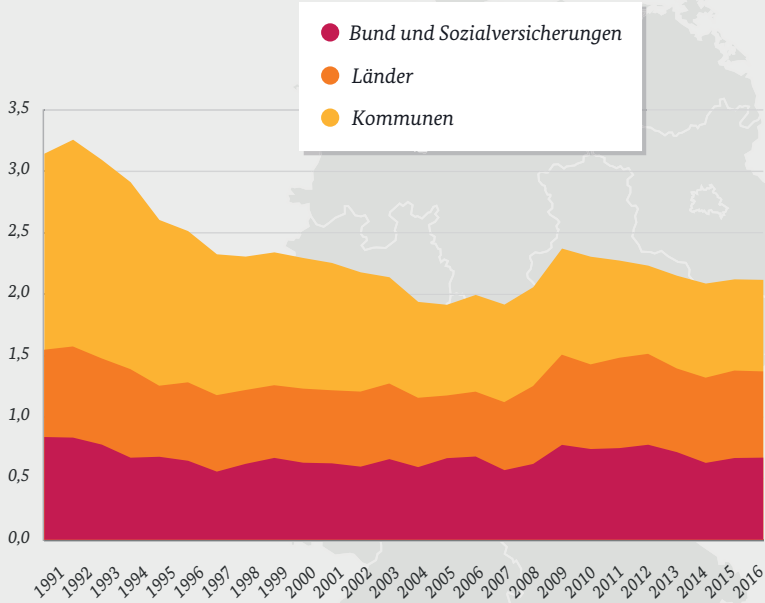
Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Februar 2017, 2017 bis 2021: BMF-Projektion

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

Die staatlichen Investitionen setzen sich aus den Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen zusammen. Alle staatlichen Ebenen verzeichnen derzeit steigende Investitionen. Länder und Kommunen tragen mit rund zwei Drittel aller staatlichen Investitionen entscheidend zur gesamtstaatlichen Entwicklung der Investitionen bei. In der laufenden Legislaturperiode seit 2013 hat der Bund seine investiven Ausgaben deutlich erhöht, zudem Länder und Kommunen finanziell erheblich entlastet und dadurch die Möglichkeiten zur verstärkten Investitionstätigkeit ausgeweitet.

Öffentliche Investitionen der föderalen Ebenen in Deutschland

in % des BIP



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

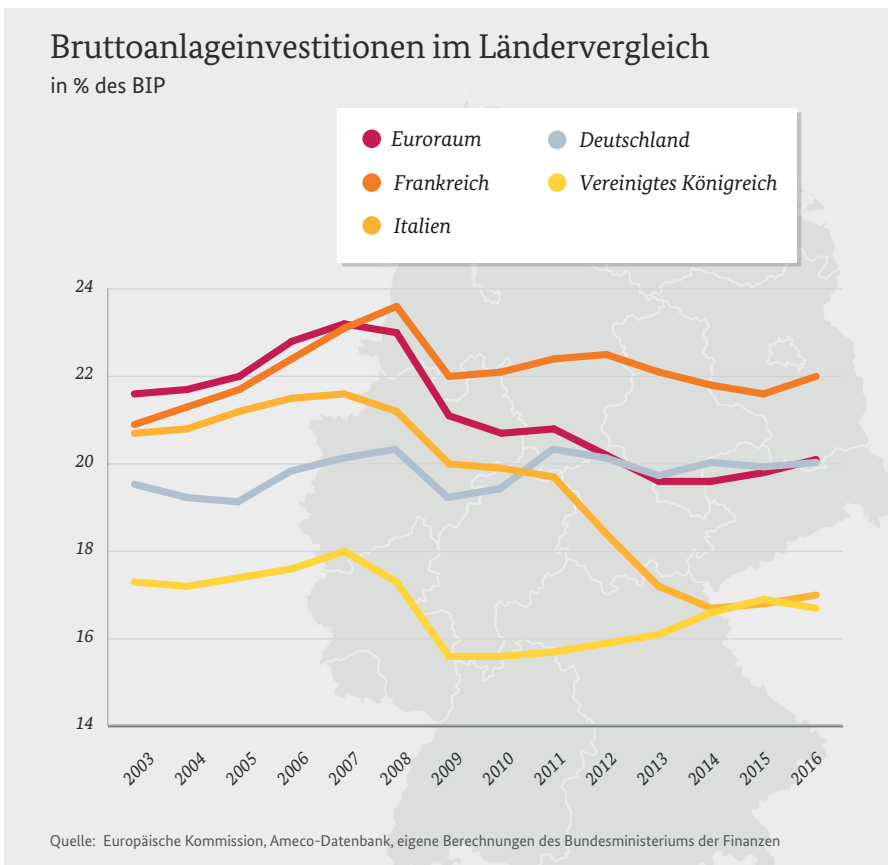
Schwerpunkte bei den staatlichen Investitionen liegen traditionell bei den Investitionen in die Infrastruktur, in die Bildung sowie in Wissenschaft und Forschung. Investitionen in die innere und äußere Sicherheit werden insbesondere durch den Bund deutlich erhöht.

Ungeachtet ihrer potenziellen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung ist bei der Betrachtung der staatlichen Investitionen auch zu berücksichtigen, dass diese allein kein ausreichendes Kriterium für die Beurteilung der Wachstums- und Beschäftigungsorientierung der staatlichen Haushalte sein können. Insbesondere ist es nicht möglich, zwischen produktiven und unproduktiven Ausgaben zu trennen. Denn einerseits ist nicht jede investive Ausgabe auch eine wachstums- und beschäftigungswirksame Ausgabe. Andererseits können sich auch konsumtive Ausgaben positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Staatliche Investitionen werden oft erst in Verbindung mit staatlichen Konsumausgaben zu einer „zukunftswirksamen“

Ausgabe: Ohne Lehrer sind Schulgebäude nutzlos, ohne wissenschaftliches Personal können Forschungseinrichtungen nicht funktionieren.

Deutschland im Ländervergleich

Neben der Betrachtung der Entwicklung im Zeitablauf bietet sich ein Blick auf den Vergleich mit den Investitionsquoten in anderen Ländern an. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote Deutschlands lag zwischen 2013 und 2015 über dem Durchschnitt des Euroraums und 2016 marginal darunter. Seit Ausbruch der Finanzkrise übersteigt Deutschlands Investitionsquote zudem die Quote der USA. Dies deutet auf eine robuste Entwicklung der Gesamtinvestitionen hin.



Deutschland ist im internationalen Vergleich vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen führend. Der verhältnismäßig große Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtproduktion dürfte ein Erklärungsfaktor sein. Wie Deutschland verzeichneten viele Länder einen Einbruch bei der Quote der Ausrüstungsinvestitionen mit Ausbruch der Finanzkrise und auch in anderen europäischen Ländern erfolgte bislang erst eine teilweise Erholung der Ausrüstungsinvestitionen.

Die schwächere Entwicklung der deutschen Bruttoanlageinvestitionen in den frühen 2000er-Jahren rührt primär aus der geringeren Dynamik der deutschen Bauinvestitionen. In einigen Ländern erwies sich diese temporär äußerst dynamische Entwicklung des Bausektors als nicht nachhaltig. Zudem erfuhr Deutschland mit der Wiedervereinigung einen einmaligen Bauboom in den 90er-Jahren, sodass die darauf folgende Abschwächung daraus als Normalisierung der Bautätigkeit in mittel- und längerfristiger Betrachtung zu sehen ist.

Weil Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand in Deutschland so wichtig sind, hat die Bundesregierung die Stärkung der Investitionstätigkeit ins Zentrum ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik gerückt. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen durch eine Vielzahl von Maßnahmen deutlich zu verbessern. Zugleich wurden die staatlichen Investitionen spürbar erhöht.

Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der privaten Investitionen

Die solide und stabilitätsorientierte Finanzpolitik, die Einführung und konsequente Anwendung der „Schuldenbremse“ sowie die Rückführung der staatlichen Schulden in Relation zum BIP haben in den vergangenen Jahren das Vertrauen in eine langfristig wachstumsfreundliche Entwicklung in Deutschland entscheidend gestärkt. Die Tatsache, dass die „Schuldenbremse“ in Deutschland eine im Grundgesetz festgeschriebene Haushaltsregel ist, um die langfristige Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern zu sichern, schafft hohe Rechtssicherheit bezüglich der Entwicklung der öffentlichen Verschuldung. Damit trägt die Finanzpolitik maßgeblich dazu bei, Deutschlands Standortattraktivität für nachhaltige Unternehmensinvestitionen aus dem In- und Ausland zu erhöhen.

Im Fokus der Bundesregierung stehen darüber hinaus Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen für die private Investitionstätigkeit stetig verbessern. Hierzu gehören zum Beispiel die folgenden wichtigen Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht wurden:

- Die Bundesregierung hat die „**Bürokratiebremse**“ nach dem „one in, one out“-Prinzip eingeführt, um die bürokratischen Belastungen der Wirtschaft – den „Erfüllungsaufwand“ – insbesondere auch für kleine und mittelständische Unternehmen zu begrenzen: Wenn durch eine neue Regelung des Bundes, zum Beispiel durch ein Gesetz, zusätzliche Belastungen in der Wirtschaft entstehen, müssen in mindestens gleichem Maße bürokratische Belastungen an anderer Stelle abgebaut werden. Die Anwendung der Bürokratiebremse hat im ersten Jahr zu einer Entlastung der Wirtschaft von knapp 1 Mrd. Euro geführt. Zusammen mit weiteren Entlastungen vor allem durch die Modernisierung des Vergaberechts wird der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft insgesamt um etwa 1,5 Mrd. Euro gesenkt.
- Das **Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG)** schafft gute Rahmenbedingungen, um den Ausbau digitaler Netze kosteneffizient zu gestalten und durch die Mitnutzung anderer Infrastrukturen Synergieeffekte zu nutzen. So sieht das Gesetz zum Beispiel vor, dass Versorgungsnetze für Energie und Abwasser sowie Infrastrukturen von Straßen, Schienen- und Wasserwegen für den Breitbandnetzausbau mitgenutzt werden können. Dadurch können die Kosten des Netzausbaus erheblich gesenkt werden.
- Mit der „**Digitalisierungsoffensive Mittelstand**“ erhalten kleine und mittlere Unternehmen Hilfestellung und Beratung zu den Themen Digitalisierung und Industrie 4.0, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft heute und in Zukunft prägen.
- Durch zahlreiche Maßnahmen wurde Deutschland als Investitionsstandort für Wagniskapital international wettbewerbsfähiger gemacht. **Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital wurden verbessert, der Zugang zu Kapital für innovative Unternehmensgründer wurde erleichtert.** Durch die Aufstockung und Weiterentwicklung bestehender Programme erhalten Unternehmensgründungen neuen Schub. Insgesamt stehen in den kommenden Jahren rund 2 Mrd. Euro an zusätzlichen öffentlichen Mitteln bereit.
- Mit dem **Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens** werden Serviceorientierung, der Einsatz von Informationstechnik sowie nutzerfreundliche Prozesse in der Steuerverwaltung gestärkt. Besteuerungsverfahren werden vereinfacht und sind leichter zu handhaben.

Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der staatlichen Investitionen

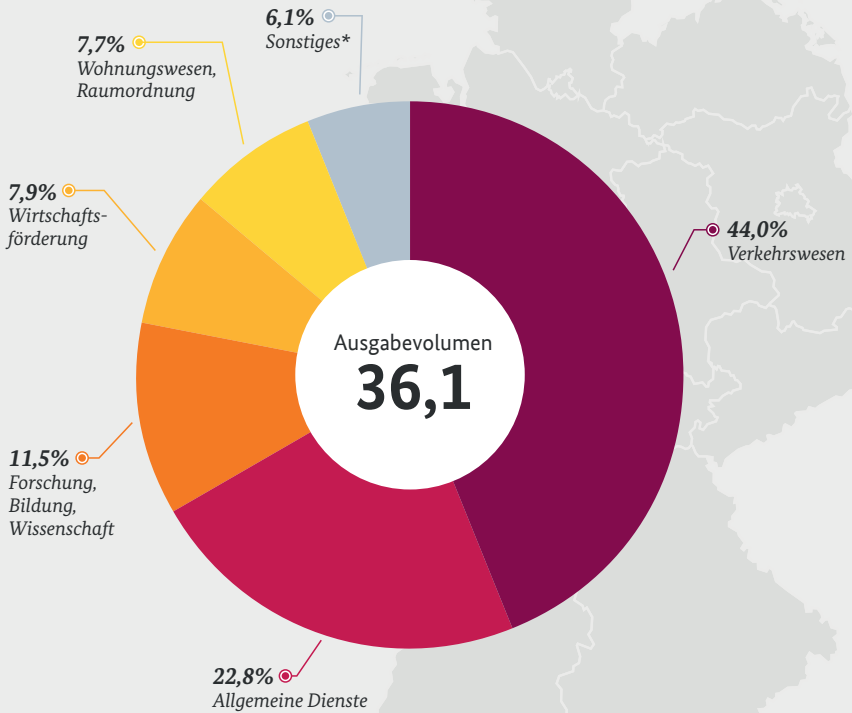
Die Bundesregierung hat mit der Konsolidierung der staatlichen Haushalte die Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung der staatlichen Investitionen geschaffen: 2016 lagen die staatlichen Investitionen rund 50 Prozent über dem Niveau von 2005. Gleichzeitig konnte das staatliche Defizit nachhaltig in einen Überschuss verwandelt werden. Das zeigt: Die Einführung der Schuldenbremse und ihre Umsetzung in praktische Haushaltspolitik sind kein Hindernis, sondern vielmehr die Grundlage für eine auf Dauer erfolgreiche Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand.

Zu den Schwerpunkten im Bundeshaushalt gehört die Stärkung der investiven Ausgaben. Der Bund leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der gesamtstaatlichen Investitionen in Deutschland. Bereits in den vergangenen Jahren wurden auf der Ausgabenseite klare Prioritäten gesetzt und Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur gestärkt. Dieser Kurs wird mit dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 konsequent fortgesetzt: Die investiven Ausgaben steigen 2018 noch einmal auf 36,4 Mrd. Euro. Gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode ist das ein Zuwachs um deutlich mehr als 40 Prozent.

So sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 Verkehrsinvestitionen in Höhe von rund 14,2 Mrd. Euro vor. Sie liegen damit um fast 40 Prozent höher als zu Beginn der Legislaturperiode. Priorität wird auch den Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung eingeräumt: Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird sich im kommenden Jahr auf über 17,6 Mrd. Euro belaufen und damit um rund 28 Prozent über dem Niveau des Jahres 2013 liegen. Neben der Verkehrsinfrastruktur ist die digitale Infrastruktur ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb unterstützt die Bundesregierung den privatwirtschaftlichen Ausbau zukunftsfähiger Breitbandnetze in ländlichen Gebieten bis zum Jahr 2021 insgesamt mit rund 4,4 Mrd. Euro. Weitere Schwerpunkte sind die Elektromobilität, die Mikroelektronik, Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung von Gebäuden und der soziale Wohnungsbau.

Investive Ausgaben nach Aufgabenbereichen - Bundeshaushalt Soll 2017

Investive Ausgaben insgesamt: 36,1 Mrd. €



* Sonstiges: Gesundheit, Sport; Landwirtschaft; Sozialbereich; Allg. Grund- und Kapitalvermögen

Der Bund hat aber auch Ländern und Kommunen neue Investitionsspielräume eröffnet, indem er sie in erheblichem Ausmaß finanziell entlastet hat, beispielsweise bei den Sozialausgaben, beim sozialen Wohnungsbau und beim weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung. Außerdem hat der Bund den Kommunalinvestitionsförderungsfonds eingerichtet und mit 7 Mrd. Euro ausgestattet. Mit den Fondsmitteln werden Investitionen finanzschwacher Kommunen gefördert. 3,5 Mrd. stehen für Investitionen mit dem Schwerpunkt Infrastruktur (u. a. Krankenhäuser, Lärmbekämpfung, Maßnahmen mit städtebaulichem Bezug, Luftreinhaltung) und mit dem Schwerpunkt energetische Sanierung von Bildungsinfrastruktur zur Verfügung. Weitere 3,5 Mrd. Euro können für die Schulinfrastruktur, also zur Sanierung von Klassenräumen, Turnhallen und Schulgebäuden genutzt werden.

Die Mittel aus dem Fonds werden zwar nur allmählich genutzt und abgerufen. Die bisher vorliegenden Zahlen bezüglich der vorgesehenen Maßnahmen zeigen jedoch, dass die Bundeshilfen von den finanzschwachen Kommunen nachgefragt werden und der bislang geringe Mittelabfluss nur wenig Aussagekraft in Bezug auf den Planungsstand in den Kommunen hat. Zu den Gründen, aus denen der Mittelabfluss bei Investitionsförderprogrammen zu Beginn generell eher zögerlich verläuft, gehören der erforderliche Planungsvorlauf von Investitionen und vor allem die Auszahlung der Mittel erst nach Rechnungsstellung. Hinzu kommen die von Ländern und Kommunen hervorgehobenen personellen Kapazitätsgrenzen angesichts der Herausforderungen bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen.

Neben budgetären Maßnahmen hat die Bundesregierung auch strukturelle Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Bereitstellung staatlicher Investitionen weiter zu verbessern. So hat die Bundesregierung zum Beispiel ein spezielles Beratungsangebot geschaffen, um auch bei der Umsetzung von öffentlichen Investitionsvorhaben Unterstützung zu leisten. Durch die öffentliche Beratungsagentur „Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ können staatliche und insbesondere auch kommunale Investitionsprojekte begleitet werden, um diese zügig und wirtschaftlich zu realisieren.

Zusammengefasst: Investitionen

- **Investitionen schaffen die Grundlagen für den Wohlstand in Deutschland von morgen.** Sie gehen einher mit Innovationsfähigkeit und Produktivitätssteigerungen, stärken so die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und schaffen und erhalten Beschäftigung.
- **Deutschland ist bei den Investitionen gut aufgestellt.** Die Investitionsquote in Deutschland hat sich vor allem in den Jahren nach der Finanzkrise auf einem hohen Niveau eingependelt.
- Will der Staat für mehr gesamtwirtschaftliche Investitionen sorgen, so muss er in erster Linie die Bedingungen für die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft verbessern. Hier setzen angemessene Regulierung und Rahmenbedingungen an. **In den letzten Jahren wurden Investitions- und Innovationshemmnisse, von denen besonders kleine und mittlere Unternehmen betroffen waren, von der Bundesregierung abgebaut.**
- **Staatliche Investitionen haben zu dem positiven gesamtwirtschaftlichen Trend beigetragen.** Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bildet dabei die Voraussetzung für eine dynamische Entwicklung der staatlichen Investitionen.
- **Mehr ist nicht per se besser.** Nur, wenn staatliche Investitionen auch bedarfsgerecht, effektiv und effizient sind, leisten sie einen Beitrag zur Stärkung der Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft.

Weitere Ausgaben der Reihe:

www.bundesfinanzministerium.de/aufdenpunkt



Bundesministerium
der Finanzen

IMPRESSUM

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit
Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97 · 10117 Berlin
Telefon: 030 18682-0 · Fax: 030 18682-3260

E-Mail: broschueren@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund
www.bundeshaushalt-info.de
www.so-klingt-europa.de